

Gute Nachrichten für Eimsbüttel

In Hamburg leben über 40.000 Millionär*innen. Wenn du das hier liest, bist du wahrscheinlich eine oder einer von den restlichen 1,8 Millionen Einwohner*innen. Für uns alle macht DIE LINKE Politik. Natürlich auch in Eimsbüttel.

Du und die anderen 275.000: Für ein soziales Eimsbüttel

Hamburg ist eine wachsende Stadt und auch Eimsbüttel wächst. Lebten 2016 noch knapp 259.000 Menschen in Eimsbüttel, sind es inzwischen schon 275.000. Klar, dass so immer mehr wohnortnahe Angebote vor allem für Familien, Kinder und ältere Menschen benötigt werden. Der Erhalt und Ausbau der sozialen Infrastruktur bleibt jedoch weit hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Im Bezirk muss auf Grundlage der Bevölkerungszahlen eine Bestandsaufnahme und Bedarfsplanung der sozialen Infrastruktur erfolgen.
- Die soziale Infrastruktur soll mit dem Ziel gestaltet werden, dass die Teilhabe am öffentlichen Leben wohnortnah für alle – z.B. auch durch die Bereitstellung nichtkommerzieller Räume – gefördert wird.
- Die Bezirke müssen Strukturen schaffen zum regelmäßigem Austausch unter Beteiligung der Bürger*innen und zur Koordination der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen.
- In den Planungen soll über heutige Generationen hinaus gedacht werden im Sinne von Struktur-, Bevölkerungsveränderungen und Nachhaltigkeit.

Wohnen: Weniger Miete, mehr Leben

Die Mieten werden erhöht und erhöht, die Löhne aber nicht. Reicht das Geld nicht mehr für die Miete, müssen Menschen ihre Wohnung aufgeben und den vertrauten Stadtteil verlassen. Diese Verdrängung werden wir auch im Bezirk weiter bekämpfen und für die Realisierung des Rechts auf Wohnen für alle streiten.

Solange Immobilienkonzerne Grund und Boden und Wohnungen als Spekulationsobjekte behandeln und Mieten erhöhen, werden permanente Mieterhöhungen kein Ende haben.

Seit Start des Wohnungsbauprogramms 2011 sind die Mieten in Hamburg um mindestens 37 Prozent gestiegen und ist der Bestand an Sozialwohnungen von rund 100.000 auf 77.000 zurückgegangen. Mit 4% Sozialwohnungsanteil (ca. 5.900 Wohnungen in 2022) liegt Eimsbüttel um fast 50% unter dem Hamburger Durchschnitt von 7,9%. In 2022 wurde keine einzige Baugenehmigung für eine Sozialwohnung in

Eimsbüttel erteilt. Gleichzeitig hat sich die Zahl der vordringlich Wohnungssuchenden fast verdoppelt, und immer mehr Menschen sind im reichen Hamburg von Wohnungslosigkeit betroffen.

Die Stadtentwicklung aber geht zunehmend auf Kosten von Grünflächen und damit auch von Umweltschutz. Investor*innen reißen Bestandsgebäude ab, um sie durch profitablere Neubauten zu ersetzen. Damit muss Schluss sein! Statt der bisherigen "Bauen, Bauen, Bauen!"-Politik brauchen wir einen Wechsel hin zu "Mieten deckeln, sozial und ökologisch bauen, Wohnraum vergesellschaften!"

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Eine soziale Bodenpolitik, die keine Grundstücke verkauft.
- Eine aktive soziale Boden-Rückkaufspolitik, die langfristig den Hamburgischen und Eimsbüttler Boden der Kapitalspekulation entzieht und so entweder günstigen städtischen, sozialen Wohnungsbau oder eine temporäre Vergabe in Erbpacht ermöglicht.
- Stopp der weiteren Bebauung und Versiegelung weiterer grüner Flächen in den dichtbesiedelten Stadtteilen zum Zwecke hochpreisiger Luxuswohnungen. Gerade in diesen Gebieten brauchen die Menschen Grünflächen für Freizeit und Erholung.
- Zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit ist das sogenannte Housing-First-Konzept, also die vorrangige Versorgung wohnungsloser Menschen mit Wohnungen statt Unterbringung in Obdachloseneinrichtungen, in jedem Bezirk umzusetzen.
- Finanzielle und organisatorische Förderung des Umzugs von älteren Menschen in kleinere Wohnungen: Begrenzung der Wohnkosten für Rentner*innen auf max. 30% des wohngeldrechtlichen Einkommens.
- Förderung des Mehrgenerationenwohnens.

Wir wehren uns in Eimsbüttel schon seit langem gegen Leerstand, Entmietung und Zweckentfremdung von Wohnraum. In allen Bezirken stehen ca. 2.500 Wohnungen bekanntermaßen leer. Mehr als 10.000 Wohnungen werden in Hamburg mehr oder weniger regelmäßig als Ferienwohnung genutzt. Die Dunkelziffer wird weitaus höher sein. Dazu kommen immer mehr möblierte Apartments und Vermietungen über Zeit, die gesetzliche Vorschriften umgehen sollen.

Aktuell betreibt das Bezirksamt Eimsbüttel nur Alibi-Wohnraumschutz. Kontrollen finden kaum statt. Buß- und Zwangsgelder werden nur in besonderen Fällen verhängen. Das muss sich ändern.

Erhaltungsverordnungen schützen die Menschen vor der Verdrängung aus dem Stadtteil, dennoch werden sie wenig genutzt. Wir werden uns im Bezirk für städtische und soziale Erhaltungsverordnungen einsetzen, wo sie möglich sind.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Sofortige Buß- und Zwangsgelder, wenn Leerstand oder Zweckentfremdung bekannt werden. Schluss mit dem zögerlichen Wohnraumschutz.
- Die Überarbeitung aller relevanten Vorschriften, um gesetzliche Schlupflöcher zu schließen.
- Personelle Aufstockung der Ämter für Wohnraumschutz in Absprache mit den Personalräten entsprechend den aktuellen Anforderungen
- Neue Soziale- und städtische Erhaltungsverordnungen.
- Die Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts.
- Die schnellere Einsetzung von bezirklichen Treuhänder*innen bei Leerstand.

Mobilität, Energie & Klima: Eimsbüttel kann mehr als Schlaglöcher, Stau und Hitze

Der Klimawandel mit steigenden Meeresspiegeln und deutlichen Temperaturveränderungen schreitet umso heftiger voran, je weniger wir dagegen tun. Das von DIE LINKE unterstützte Ziel der Pariser Klimakonferenz, den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen, ist ohne schnelles und massives Umsteuern nicht mehr zu erreichen. Bereits 2°C bedeuten jedoch schon: Wir müssen uns auf stärkere und vermehrte Starkregenereignisse sowie deutlich mehr Hitzetage in Verbindung mit längeren Trockenzeiten und niedrigen Grundwasserspiegeln einstellen. Diese werden nicht nur die Pflanzen und Tierwelt belasten, sondern auch Menschen, die sich draußen aufhalten. Deshalb sind Klimaanpassungsmaßnahmen zwingend notwendig, sie sind eine Pflichtaufgabe des Bezirks.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Versiegelung verringern und Oberflächen aufhellen, das Schottergartenverbot durchsetzen.
- Schattenflächen schaffen, insbesondere durch Grünpflanzen und Bäume.
- Gebäude- und Flächenbegrünung ausweiten, da Pflanzen eine kühlende Wirkung haben.
- Die Bildung von Wärmestaus vermeiden und den Luftaustausch gewährleisten.
- Wasserflächen, insbesondere fließende/bewegte Wasserflächen wie z.B. Kollau und Tarpenbek, schützen und schaffen sowie die Bewässerung von Grünflächen gewährleisten, dabei das Brutplatzangebot für eingeschleppte Mückenarten reduzieren/eliminieren.
- Die kommerzielle Nutzung von großen der Naherholung dienenden Grünflächen wie der Moorweide zu vermeiden.

Wir begrüßen ausdrücklich die Forderungen, die der Naturschutzbund Deutschland (NABU) Landesverband Hamburg e.V. im Rahmen des Natur- und Umweltschutzes für die Bezirksversammlungswahlen formuliert hat.

Damit die Wohnviertel lebenswerter werden, bekämpfen wir Planungen, die Investor*inneninteressen folgen. Kriterien wie Belüftung, Freiraum, Lärmschutz, Infrastruktur und Arbeitsplätze müssen zentrale Voraussetzungen bei Wohnungsbauvorhaben werden. Wir wollen Grünflächen als Rückzugflächen in Eimsbüttel erhalten.

Umweltfreundliche Energiegewinnung in Hamburg ist möglich, ob als Großwärmepumpen im Quartier, ob als Solar- oder Windenergieanlage. Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, also die Umstellung von Heizöl und Erdgas auf Erneuerbare Energien, ist eine zentrale städtische Aufgabe für die nächsten Jahre. Die Versorgung mit Wärme ist eine der größten CO₂-Quellen unserer Stadt. Die Wärmewende ist essenziell für die Erreichung der Klimaziele. Dabei ist die direkte Versorgung von Gebäuden mit Wärme aus Biomasse, Wasserstoff und Wasserstoffderivaten ineffizient und teuer. Der Einsatz von Wärmepumpen verschiedener Art und die Nutzung von Abwärme sind die Mittel der Wahl, bevorzugt in Wärmenetzen. Die Wärmeversorgung muss dem Profitstreben entzogen werden und die Menschen vor Ort dürfen nicht im Kalten sitzen gelassen werden!

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Eine kommunale Wärmeplanung, welche Menschen und Unternehmen vor Ort einbezieht, Transparenz in den Prozessen schafft und langfristige Planungssicherheit gewährleistet.
- Aktive Steuerung für Siedlungs- und Quartierslösungen sowohl für die mehrgeschossigen Quartiere im Eimsbütteler Innenstadtbereich als auch für die Einfamilien- und Reihenhaussiedlungen z.B. in Niendorf und Schnelsen durch kommunale Sanierungsbeauftragte und Erarbeitung von kollektiven Lösungen.
- Den großflächigen Ausbau von Wärmenetzen in öffentlicher Hand.

Im reichen, rot-grünen Hamburg wird viel über Klimaschutz geredet, aber es wird zu wenig getan. Der Verkehr wächst täglich, beschleunigt den Klimawandel und schadet unserer Lebensqualität. Wir müssen es also schaffen, Menschen und Güter sicher an ihr Ziel zu bringen und gleichzeitig den Verkehr insgesamt zu verringern. Das ist möglich, wenn die Menschen im Bezirk auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen können und wir den Gütertransport vom LKW auf die Schiene verlagern.

Wir wollen das Radfahren auf breiten Radfahrstreifen so gut machen, dass niemand von Autos, LKW oder Bussen gefährdet wird. Wir wollen für breite, stolperfreie

Fußwege und Fußgängerübergänge sorgen mit deutlich längeren Grünphasen für mobilitätseingeschränkte Menschen. Wir wollen flächendeckende stationäre Car-Sharing-Angebote. Weniger Autos in der Stadt bedeuten mehr Platz für Menschen, für Wohnungen und für Grün.

Dabei darf aber nicht auf Scheinlösungen wie die U5 zurückgegriffen werden. Eimsbüttel ist in der Planung mit besonders vielen Haltestellen betroffen, deren Bau den Bezirk bis Mitte der 40er Jahre massiv belasten werden. Die Kosten explodieren bereits jetzt, sodass ein Scheitern der U-Bahn in Eimsbüttel derzeit wahrscheinlich ist und die Menschen hier wieder nicht von einem Ausbau des Nahverkehrs profitieren. DIE LINKE hat mit ihrem Stadtplankonzept gezeigt, dass die Stadtbahn/Straßenbahn schneller und preiswerter gebaut werden kann. Vom Dammtor bis nach Schnelsen zeugen die Busspuren und breiten Straßen noch davon, dass eine Stadtbahn ohne weiteres realisiert werden kann.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Die massive Ausweitung des öffentlichen Nahverkehrs: Eine Straßenbahn ist die perfekte Lösung: Sie bringt Menschen schnell von Tür zu Tür. Sie ist barrierefrei und nimmt so alle mit. Sie braucht keine Tunnel oder Haltestellen viele Meter unter der Erde. Sie ist nachhaltig gut fürs Klima und für die Erreichung der Klimaziele bis 2030 unverzichtbar. Und sie kann – anders als die U5 – schnell und kostengünstig gebaut werden.
- Mehr Platz auf der Straße für Fußgänger*innen und öffentlichen Nahverkehr sowie mehr sichere Radwege.
- Eine ökologische Bezirksentwicklung, die auf Bauen im Bestand statt Abriss und Neubau setzt und zunächst alle Baumöglichkeiten auf bereits versiegelten Flächen ausschöpft, statt weitere Grünflächen zu zerstören.
- E-Scooter (Elektroroller): Das unregulierte Abstellen von E-Scootern muss verhindert werden, da dies insbesondere für Senior*innen eine ständige Stolper- und Verletzungsgefahr darstellt. Deshalb fordern wir eine strikte Regulierung der E-Scooter (z.B. durch Abholen und Abstellen der E-Scooter nur noch auf zugewiesenen Bereitstellungsflächen wie bei Stadtrad).
- Fußwege: Die derzeitige Straßenbeleuchtung in Hamburg leuchtet auch in Eimsbüttel vor allem die Fahrwege der Autos aus, die Fußwege sind dagegen nur mangelhaft beleuchtet. Deshalb: Sichere Fußwege mit ausreichender Beleuchtung. Parallel dazu müssen auf Gehwegen Stolperfallen beseitigt und sichergestellt werden, dass die Wege im Winter von Eis und Schnee befreit werden.

Wohnen und Arbeiten in Wohnortnähe entlastet den Verkehr, spart Emissionen und steigert die Lebensqualität. Einkaufen und Handwerksangebote müssen weiter vor Ort in Eimsbüttel möglich und immer im Blick bezirklicher Planung sein. Die wachsende Stadt führt zu einer Konkurrenz um Park- und Immobilienflächen.

Der Bezirk hat insbesondere sicherzustellen,

- dass Flächen für Handwerksbetriebe und Kleingewerbe angemessen verteilt auf die Stadtteile vorgehalten werden.
- dass Handwerker*innen bei genossenschaftlichen oder vergleichbaren Zusammenschlüssen für Werkhöfe beraten und unterstützt werden,
- Insbesondere für kleinere Handwerksbetriebe und Kleingewerbe muss die bezirkliche Wirtschaftsförderung im Bezirksamt personell gut ausgestattet sein.
- Handwerksbetriebe und Kleingewerbe müssen hinreichend Parkraum zugewiesen erhalten, soweit dies nicht auf dem Betriebsgelände möglich ist.

Demokratie: Vor Ort stärken

Die Bevölkerung vor Ort will mitbestimmen – und das ist gut so! Wir wollen die Bürger*innenbeteiligung vor Ort ausbauen und die Stadtteilbeiräte und Senior*innen-Delegiertenversammlungen finanziell besser ausstatten.

Stärken wollen wir auch die Bezirksversammlung selbst. Damit demokratische Entscheidungen möglichst vor Ort und im Austausch mit den Bürger*innen gefällt werden können, benötigen die Bezirksversammlung mehr Spielraum und Befugnisse.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Umsetzung von Bezirksentscheidungen
- Aufhebung des Großhamburg-Gesetzes und Aufwertung der Bezirksversammlung zu einem echten Kommunalparlament mit vergleichbaren Rechten und Pflichten wie die meisten Gemeinden in der Bundesrepublik. Stärkung der Bezirke mit eigenem Haushaltsrecht und Entscheidungskompetenzen über bezirkliche Verwaltungsvorgänge, Personaleinsatz und verbindlichem B-Planrecht.
- Schluss mit dem Auslagern von Personal aus den Bezirken in die Fachbehörden!
- Weg mit dem Evokationsrecht: Bürgerentscheide und Beschlüsse der Bezirksversammlungen müssen für den Senat bindend sein. Beanstandungen müssen vom Senat innerhalb einer 4-Wochenfrist entschieden werden und gerichtlich überprüfbar sein.

- Stadtteilbeiräte und Senior*innen-Delegiertenversammlungen sind zu stärken, sie sind mit besseren Mitteln auszustatten und auf mehr Bürger*innenbeteiligung zu verpflichten.
- Stadtteilbeiräte sollen Rederecht in den Ausschüssen erhalten.
- Stärkere Einbindung der Integrations- und Inklusionsbeiräte in die Beratungen der Bezirksversammlungen.
- Bereitstellung von Räumen und die Einrichtung von Bürgerhäusern für soziale Begegnung in den Quartieren.

Der jahrelange Personalabbau in den Ämtern und Behörden sowie die seit Corona massiv vorangetriebene Digitalisierung hat für viele Menschen die Zugänge zu den staatlichen Einrichtungen zu uneinnehmbaren Festungen werden lassen.

Auch wenn der Digitalisierungsgrad der Gesellschaft steigt, so ist insbesondere dort, wo es für Menschen existenziell ist, dies oft nicht oder nur eingeschränkt der Fall. Häufig scheitert es an einem einzelnen Dokument, das nicht gescannt werden kann, einem beratenden Hinweis, oder schlicht der Möglichkeit, einen Termin auszumachen.

Fehlende technische Endgeräte und Know-How, unübersichtliche Terminbuchungssysteme und eine unverständliche Kommunikation der Öffnungszeiten und Abläufe sind weitere Hürden, die die Kommunikation zwischen Ämtern und Bürger*innen massiv erschweren. Sei es auch nur um einen neuen Ausweis beim Ortsamt oder eine Auskunft beim Finanzamt zu erhalten. Die rein digitale Kommunikation erweist sich für viele Bürger*innen als eine Sackgasse. Persönliche Rücksprache und Beratung bleibt so viel zu oft aus, obwohl alle Ämter eine gesetzliche Beratungspflicht haben. Daher fordern wir für alle Bezirke den Um- und Ausbau aller Ämter und Behörden zu Orten der Kommunikation zwischen Staat und Bürger*innen.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Eine erhebliche Aufstockung der Stellen in allen Ämtern und Behörden.
- Die Wiedereinführung von regelmäßigen Sprechzeiten an allen Wochentagen in allen Ämtern und Behörden sowie eine klar verständliche und übersichtliche Kommunikation der Öffnungszeiten und Abläufe zur Klärung des Anliegens vor Ort und digital.
- Den räumlichen Umbau der Behörden zu freundlichen Orten der Kommunikation zwischen Staat und Bürger*in. Dies beinhaltet die Einrichtung von kostenfreien Internetarbeitsplätzen, Kopier-, Fax- und Scanmöglichkeiten sowie eine persönliche Hilfestellung bei der Bedienung der jeweiligen Endgeräte in allen Ämtern.

- Eine regelmäßig angebotene Schulung zur Nutzung von Endgeräten sowie zur Beantragung digitaler Endgeräte wie PC, Drucker und Scanner für Grundsicherungs- und Bürgergeldempfänger*innen.
- Die Dienstleistungen der Freien und Hansestadt Hamburg im Bezirksamt Eimsbüttel (z.B. Termine bei Ämtern zur Beantragung von Personalausweisen, Reisepässen oder Sozialangelegenheiten) müssen grundsätzlich nicht nur digital, sondern auch analog angeboten werden. Damit können die Leistungen mittels Telefon oder Vorsprache beim Bezirksamt zeitnah beantragt oder erhalten werden.

Bildung und Soziale Arbeit: Gut und für alle

Die knapp 43.000 Minderjährigen in Eimsbüttel haben ebenso wie junge Erwachsene bis 22 Jahre ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut und soziale Ungleichheit stehen dem jedoch vielfach entgegen. Die Zunahme von psychischen Problemen wie Angststörungen und Depressionen auch bei Kindern und Jugendlichen infolge der für diese Altersgruppe oft besonders restriktiven Maßnahmen, die in Verbindung mit der Corona-Pandemie über ihre Köpfe hinweg verhängt wurden, machen immer noch fachliche und politische Antworten dringend erforderlich.

Auch in Hamburg ist der Zugang zum Schulsystem jedoch immer noch stark von der sozialen Herkunft der Eltern abhängig. Deswegen fordert DIE LINKE ein inklusives Schulgesetz. Doch Bildung findet nicht nur in der Schule statt, sondern auch in Kindergärten, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Vereinen und jenseits dessen.

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) sowie die gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit in den Stadtteilen sind wesentliche Bestandteile der sozialen Infrastruktur. Sie ist jedoch strukturell unterfinanziert und vielfach personell schlecht ausgestattet.

Die Konkurrenz um knappe Mittel zwischen den Einrichtungen muss überwunden werden. Statt die Fachkräfte und Ehrenamtlichen mit übermäßigem Verwaltungsaufwand zu belasten, müssen die Angebote verlässlich gefördert und ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche sind daran als Expert*innen ihrer Lebenswelt zu beteiligen. Selbstorganisierte Zusammenschlüsse zur Selbstvertretung im Sinne des neuen § 4a des SGB VIII sind zu schaffen und zu stärken.

Seit einigen Jahren nehmen die Problemlagen und Hilfebedarfe in den Familien in gravierendem Maße zu. Die Zahl der Meldungen von Kindeswohlgefährdungen, die Zahl der hilfeschuchenden Kinder und Eltern sowie die Zahl der gewährten arbeits- und

kostenintensiven Hilfen zur Erziehung bewegen sich auf einem sehr hohen Niveau. Die Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) in den Jugendämtern sind überlastet und die Fachkräfte des ASD und in der ambulanten und stationären Jugendhilfe stehen unter starkem Druck. Hier muss dringend gehandelt werden. Es braucht mehr Fachkräfte im ASD und in der Jugendhilfe insgesamt und diese benötigen bessere Arbeitsbedingungen und deutlich mehr Spielräume für pädagogisches Handeln.

Für eine demokratische Verteilung der Mittel sind etablierte Gremien wie die Jugendhilfeausschüsse in ihren Entscheidungskompetenzen zu stärken.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Den Ausbau der sozialen Infrastruktur, insbesondere die Stärkung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit, der Familienförderung und für jeden Bezirk ein weiteres Kinder- und Familienzentrum.
- In Neubaugebieten müssen Einrichtungen der OKJA und Treffpunkte wie Kinder- und Familienzentren und Orte der Beratung regelhaft eingerichtet werden.
- Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (Mindestausstattung von zwei Vollzeitstellen pro Einrichtung der Offenen Arbeit).
- Ein Rahmenkonzept sowie Koordinierungsstellen im Bezirk für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen.
- Beitragsfreier Zugang für alle Kinder und Jugendlichen zu Sportvereinen, Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- Verstärkte Anstrengungen zur Realisierung eines barrierefreien Zugangs zu allen Einrichtungen der Jugendhilfe sowie eine Sanierungsoffensive.
- Verstärkte interdisziplinäre Anstrengungen zum Abbau der durch die Corona-Maßnahmen erzeugten Belastungen.

Senior*innen: Freiräume erhalten und Mitbestimmung stärken

Das hamburgische Seniorenmitwirkungsgesetz soll die aktive Teilnahme am sozialen Leben und die Mitwirkung an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen. DIE LINKE will dass die Möglichkeiten dieses Gesetzes auch im Bezirk Eimsbüttel weiter ausgeschöpft und ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden, um der Perspektive von älteren Menschen mehr Raum zu geben.

Das Bezirksamt muss bei allen Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Senior*innen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. In allen Stadtteilen, insbesondere in den Großsiedlungen, muss die Bezirksverwaltung Eimsbüttel

Senior*innentreffs fördern und mit hauptamtlichem Personal unterstützen. Wo es noch keine Senior*innentreffs gibt, sind diese einzurichten.

Für die Teilhabe von Senior*innen ist der barrierefreie, niedrighschwellige, mindestens kostengünstige Zugang zu Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen elementar.

Barrierefreiheit und Zugänglichkeit im Nahverkehr, das barrierefreie Wohnen im Alter oder die Qualität der Pflege sind in allen Einrichtungen zu garantieren. Dazu sind die entsprechenden Prüf- und Überwachungsstrukturen auszubauen und mit deutlich mehr Personal auszustatten.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Mehr fachliche Vollzeitstellen in allen Einrichtungen der Senior*innenarbeit und die bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Senior*innenarbeit.
- Ein Konzept für die qualitative Ausweitung der Senior*innenarbeit im Bezirk Eimsbüttel inklusive deren Finanzierung.
- Die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Senior*innen bei allen Planverfahren im öffentlichen Raum.
- Eine deutliche Ausweitung der öffentlichen Toilettenversorgung im Bezirk Eimsbüttel, als ersten Schritt im Bereich der Osterstraße.
- Mehr Bänke zum Ausruhen für alle in allen Stadtteilen.
- Kostenlose WLAN-Versorgung mit ausreichender Bandbreite in allen Altenwohn- und Pflegeeinrichtungen.
- Das Deutschlandticket für Senior*innen in Hamburg für 29 EUR, wie in Mecklenburg-Vorpommern.
- Durchsetzung der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen entsprechend dem Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz.

Kultur: Mehr ist mehr – Kultur braucht Überfluss

Überall in Hamburg gibt es bedeutende Kunst und Kultur – sie muss aber für alle zugänglich und erreichbar sein. Über die Teilnahme darf nicht der Geldbeutel entscheiden.

Wir wissen: Die Stadtteilkulturzentren sind Orte der Begegnung und gelebter Vielfalt! Hier ist Platz für die Geschichtswerkstatt, das Treffen der Bürger*inneninitiative, die Lesung, das Streichquartettkonzert, die Chorprobe, den Tanz- oder Sprachkurs, die Vernissage oder die Kinderdisco: Stadtteilkulturzentren sind die Herzkammern des lokalen Kulturlebens – und ihre Aufgaben wachsen stetig. Darum müssen sie auskömmlich und zukunftsorientiert finanziert werden. Dazu gehören Tariflöhne, Mindesthonorare und Planungssicherheit für ein vielfaltsorientiertes Angebot.

Kultur entsteht dort, wo Menschen leben – Kultur entsteht in den Stadtteilen! Wir wollen Kulturschaffende, Künstler*innen und Kreative vor Ort in ihrem Wirken und Arbeiten stärken.

Kultur braucht (Arbeits-)Räume – sie sind die Basis, damit Kultur entstehen kann. Bezahlbare Proberäume, Tonstudios, Ateliers für bildende Kunst, Tanz, Theater und Film sind hamburgweit Mangelware. Wir meinen, die Bezirke haben die große Chance, aktiv bestehende Orte zu sichern, zu erschließen und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung zu machen. So kann das kulturelle Leben im Bezirk effektiv gestärkt werden.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Eine deutliche Erhöhung der Stadtteilkulturmittel und eine auskömmliche Förderung der Stadtteilkulturzentren.
- Aufbau bzw. Aufnahme weiterer Kulturhäuser in die institutionelle Förderung.
- Kostenfreie Räume für Kulturschaffende und Gruppentreffen kulturinteressierter Laien.
- Kostenlosen Zugang für Kinder, Jugendliche, Senior*innen, schwerbehinderte Menschen und Menschen mit niedrigem Einkommen zu geförderten Theatern, Konzerten, Museen und anderen Kulturveranstaltungen.
- Die aktive Schaffung bezahlbarer Arbeits- und Produktionsräume im Bezirk.
- Kultur und Kulturräume zu einem verbindlichen Teil der Stadtentwicklungsplanung in den Bezirken zu machen.

Gegen Rechts: Für ein friedliches und weltoffenes Eimsbüttel

In Hamburg leben seit Jahrhunderten Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen. Der männliche Industriearbeiter gehört genauso dazu wie die LGBTQI+-Community und geflüchtete Menschen. Diese Realität wird immer wieder als Bedrohung dargestellt, um Hass und Rassismus zu schüren. Wir LINKEN wissen: Solidarität ist unteilbar und international. Eimsbüttel muss ein sicherer Hafen für Vielfalt bleiben. Mit großer Sorge sehen wir Vorfälle mit der extremen Rechten im Bezirk und die Existenz der nationalistischen und völkischen AfD. DIE LINKE tritt der extremen Rechten klar entgegen und mit deren Abgeordneten und Fraktion gibt es keine Zusammenarbeit in der Bezirksversammlung.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- In Eimsbüttel müssen die politischen und sozialen Voraussetzungen für eine gelingende Integration von Geflüchteten, Deserteur*innen und allen Menschen in Not geschaffen bzw. ausgebaut werden.

- Vereine wie z.B. „Wir für Niendorf e.V.“, die oft mit hohem ehrenamtlichen Aufwand da einspringen, wo der Bezirk nicht hinreichend Integrationsleistungen erbringen will oder kann, sind vom Bezirk zu fördern und ihnen sind entsprechende, angemessene Räume zur Verfügung zu stellen. Initiativen wie z.B. „Eimsbüttel gegen Rassismus“ sind zu unterstützen und finanziell vorausplanbar zu fördern.
- Statt an den Schulen Werbung für die Bundeswehr zuzulassen, sollte die Vernetzung mit sozialen Initiativen im Einzugsbereich der Schulen gefördert werden. Die lokalen Bildungskonferenzen sind hierfür deutlich besser auszustatten und ihre Ergebnisse verbindlicher umzusetzen.
- Zur Auseinandersetzung mit Rassismus, Kriegsverherrlichung und Kolonialismus ist die Diskussion um die Umbenennung von Straßen in Eimsbüttel geeignet und gewünscht.

Frauen & Mädchen: Selbstverständlich gleichberechtigt

Mehr als die Hälfte der Eimsbüttler*innen ist weiblich, aber von vollständiger Gleichberechtigung sind wir weit entfernt. Patriarchale Strukturen, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, Unterdrückung und strukturelle Gewalt müssen nach wie vor bekämpft werden.

Als LINKE stehen wir für einen Feminismus, der das ganze gesellschaftliche und private Leben betrifft. Das heißt zuallererst, Arbeit und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Eine Gesellschaft, in der ALLE frei sind, Zeit für die Familie und Freund*innen haben, gleichzeitig einer sinnvollen und gut bezahlten Arbeit nachgehen und an politischen Entscheidungen mitwirken können.

Frauen erhalten im Durchschnitt 21% niedrigere Löhne und entsprechend weniger Rente als Männer. (Gender-Pay-Gap). Sorgearbeit wird gesellschaftlich abgewertet. Frauen bestreiten den Großteil der entlohnten und nicht entlohnten Pflege- und Erziehungsarbeit, sie arbeiten häufiger in Teilzeit oder in weniger gut bezahlten und prekären Jobs. Frauen leisten 50% mehr unbezahlte Sorgearbeit (Gender-Care-Gap), entsprechend haben sie weniger Zeit für andere Tätigkeiten.

Statistisch wird alle fünf Minuten eine Frau bedroht, verprügelt, gestalkt, psychisch unter Druck gesetzt, sexuell genötigt oder vergewaltigt. Gewalt gegen Frauen ist Ausdruck und Folge gesellschaftlicher Abwertung und Unterdrückung von Frauen. Gewalt gegen Frauen kommt bevorzugt in Familien vor unabhängig von der sozialen Lage, ob Niendorf oder Stellingen, aber auch im öffentlichen Raum. Viel zu oft endet sie für Frauen tödlich und wird meist vom (Ex)Partner ausgeübt.

Um selbstbestimmt leben zu können, müssen Frauen echte Wahlmöglichkeit haben. Dazu gehören umfassende Aufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und die freie Entscheidung für einen Schwangerschaftsabbruch. Nur wenn Frauen sich ohne Zwänge für oder gegen eine Schwangerschaft und Elternschaft entscheiden können, ist eine selbstbestimmte Familienplanung möglich. Ein Leben mit Kindern muss gesellschaftlich abgesichert werden: Das beginnt mit einer guten gesundheitlichen Versorgung und Aufklärung während einer Schwangerschaft und Geburt. Mit Kindern zu leben darf kein Armutsrisiko sein. Eltern müssen Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen können.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Stärkung der Gleichberechtigungsbeauftragten und Schulungen für Personalräte im Bezirk aber auch für Betriebsräte von hier angesiedelten Unternehmen.
- Das Gewaltschutz-Hilfesystem muss ausreichend finanziert werden.
- Staatliche Behörden und medizinisches Personal müssen für das Thema sensibilisiert und geschult werden.
- Den Erhalt und Ausbau von Frauen- und Mädchenprojekten und Elternschulen.
- Mehr Frauenhausplätze unter Berücksichtigung spezifischer Bedarfe.
- Einrichtung von Wohnprojekten und Tagestreffs für wohnungslose Frauen.
- Mehr Beratungsstellen für Männer gegen Männergewalt sowie Gewaltpräventionskurse.
- Hygieneprodukte für Menstruation müssen von öffentlichen Gesundheitsstellen und in öffentlichen Einrichtungen im Bezirk kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Queer: Sichtbar und sicher

Emanzipiert ist eine Gesellschaft dann, wenn jede*r sozial abgesichert ist und gleiche Chancen zur Realisierung eines selbstbestimmten Lebens hat. Doch queere Lebensweisen werden von außen oft angefeindet. Wir setzen uns dafür ein, dass selbstbestimmte Leben queerer Menschen als das anerkannt werden, was sie sind: eine Selbstverständlichkeit. Dafür braucht es Schutz vor queerfeindlicher Diskriminierung und Unterstützung in Fragen von Sicherheit, Gesundheit und Sichtbarkeit. Wir haben die Gefahr von Mehrfachdiskriminierung im Blick, wenn Menschen queer und zusätzlich arm, krank, alleinerziehend oder von Rassismus betroffen sind und stehen für die Verbindung queerer, sozialer, antirassistischer und feministischer Kämpfe!

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Antidiskriminierungsbeauftragte für die Bewohner*innen im Bezirk.

- Regelmäßige Erfassung von Diskriminierungsfällen, um Fortschritte und Bedarfe messen zu können.
- Spezifische Beratungsstellen für Transpersonen, insbesondere auch Rechtsberatungsstellen.
- Die Vergabe von Finanzmitteln unter Berücksichtigung ihrer geschlechtsspezifischen Auswirkungen (Gender Budgeting).
- Den Erhalt und Ausbau von Queerprojekten.
- In jedem Bezirk die Einrichtung eines Wohnprojekts und eines Tagestreffs für wohnungslose queere Menschen.
- Die Benennung von Straßen und Plätzen nach queeren Menschen.

Gesundheit: Eimsbüttel – Bezirk der Hundertjährigen

Ein möglichst gesundes und langes Leben, sowie Wohlbefinden wird nicht allein durch Gesundheitspolitik im engeren Sinne gefördert. Gemäß dem „Health in all policies“-Ansatz (Gesundheit in allen Politikbereichen), können und müssen in allen Politikbereichen (Bildung, Soziales, Gleichstellung, Innen, Umwelt, Klima, Energie, Landwirtschaft, Wirtschaft, Bauen etc.) Entscheidungen getroffen werden, die die Gesundheit aller Menschen fördern und die gesundheitliche Chancenungleichheit verringern. Die Lebenserwartung von Menschen hängt entsprechend nicht nur von der Gesundheitsversorgung ab, sondern mehr noch vom sozioökonomischen Status. Demzufolge ist Gesundheit also nicht nur ein Thema der Gesundheitspolitik, sondern aller Politikbereiche. Die Insel Okinawa „Insel der Hundertjährigen“ zeigt dies auf vielen Feldern.

Lasst uns auch Eimsbüttel zur „Insel der Hundertjährigen“ machen – für Arbeiter*innen, Angestellte, Selbstständige, Handwerker*innen, Kinder, Jugendliche und Senior*innen.

Dabei respektieren wir Menschen, die einen gesundheitsriskanten Lebensstil pflegen. Im Rahmen des Grundrechts auf freie Persönlichkeitsentfaltung hat jeder das Recht auf einen Lebensstil, der mehr oder weniger gesundheitsfördernd ist.

Gleichzeitig haben wir in unserem Sozial- und Rechtsstaat das Recht auf Schutz unserer Gesundheit und der Persönlichkeitsrechte. Hierzu gibt es Gesetze und verschiedene staatliche Institutionen, die auch auf kommunaler Ebene wirken. Diese Institutionen erbringen eigene Leistungen oder fördern Aktivitäten anderer Institutionen wie Sportvereine, Gesundheitsselbsthilfegruppen, Beratungsangebote, Gesundheitsamt, Amt für soziale Dienste.

Wir wollen messbare Ziele. Dazu braucht es jährliche und kleinräumige Gesundheitsberichterstattung z.B. nach Postleitzahlen. Auch die Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertretungen mit deren Zielen muss erfolgen. DIE LINKE kann hier ihr Wissen um die Voraussetzungen von Gesundheit einbringen (Verringerung der sozialen Spaltung, der Schere zwischen Arm und Reich, glückliches Aufwachsen von Kindern mit einem differenzierten Menschen- und Gesellschaftsbild).

Gesellschaftliches Funktionieren von Nachbarschaften und Quartieren ist ebenso wichtig wie gesunde Ernährung, ein gutes Körpergefühl und achtsamer Umgang mit sich und anderen. Auch das wachsende Problem der Einsamkeit muss bekämpft werden. Wir wollen Einsamkeit und Stress mit Angeboten entgegenwirken, die Spaß am Leben fördern.

Dafür setzen wir uns im Bezirk Eimsbüttel ein:

- Ein Gesundheitszentrum für Eidelstedt, weil dort für einen großen Teil der Bevölkerung die gesundheitlichen Risiken besonders hoch sind.
- Den flächendeckenden Einsatz von Präventivfachkräften und Community Health Nurses.
- Eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Schuleingangsuntersuchungen, Elternberatung, Familienhebammen, sozialpsychiatrischer Dienst) und die Verzahnung mit der ambulanten Versorgung, insbesondere den Stadtteilgesundheitszentren.
- Durchsetzung der regelmäßigen Kontrolle der Pflegeeinrichtungen entsprechend Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz.
- Angesichts der Erkenntnis, dass der Klimawandel auch im Sommer eine aktive präventive Gesundheitspolitik notwendig macht, fordern wir einen Hitzeaktionsplan für Wohnungslose und andere vulnerable Menschen zum Schutz vor Hitze und Dehydration. Dazu sollten gehören:
 - a. Bereitstellung von Wasserentnahmestellen im öffentlichen Raum
 - b. Schaffung und Öffnung von Kühlinseln
 - c. Berücksichtigung des Hitzeschutzes bei Baumaßnahmen
 - d. aktives Herantreten des Gesundheitsamtes an die lokalen Pflegedienste zur Aufklärung der Bedarfe dort
 - e. kleinräumige Erhebung von Daten über Hitzebelastungen und Hitzeschutz, um zielgerichtete Präventionsstrategien zu entwickeln und eine kleinräumige Versorgungsplanung zu erstellen. Auch Hitzewellen werden die Menschen der ärmeren Stadtteile am schwersten treffen.
- Die (kleinräumige) Erhebung und das Monitoring von gesundheitsrelevanten Daten (Lärm, Feinstaub, Schimmel, Wohnraumbedarf und -qualität, Naherholungs- und Freizeitmöglichkeiten etc.).